Das Jüdische Echo

Bayerische Blätter für die jüdischen Angelegenheiten

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag — Bezugspreis: Viertelj. M. 1.—, Halbj. M. 2.—, Ganzj. M. 4.—, Einzelnummer 10 Pf. — Verlag des „Jüdischen Echo": München, Herzog Maxstr 4 — Redaktion: Helene Hanna Cohn, München.



Anzeigen: Die viergespaltene Nonpareille-Zeile oder deren Raum 25 Pf. — Bei Wiederholungen Rabatt. — Dieselbe für kleine Anzeigen 15 Pf. — Anzeigenannahme: Verlag des „Jüdischen Echo", München, Herzog Maxstraße 4. Fernsprecher: 53099. Postscheckkonto: München 3987.

Nummer 38 **München / 3. Jahrgang** **22. September 1916**

Zur Lage in Polen.

Seitdem die Nachricht durch die Zeitungen ging, daß die Einwohner der besetzten Gebiete im Osten künftig als „Angehörige des Königreiches Polen" bezeichnet werden sollen, hat man wenig über die Lage im Osten gehört. Aus diesem Schweigen konnte man nur folgern, daß die Verhandlungen, die seit so langer Zeit zwischen der deutschen und der österreichischen Regierung gepflogen wurden, noch immer nicht zu einem vollständigen Abschluß gelangt seien. Aus gewissen Anzeichen darf man jedoch schließen, daß diese Verhandlungen nunmehr fast beendet sind. Aller Voraussicht nach wird das Königreich Polen militärisch und wirtschaftlich in allerengster Beziehung zur deutschen Regierung stehen, und selbst in Gebieten, die bisher lediglich von der österreichischen Regierung abhängig waren, dürfte der deutsche Einfluß entscheidend werden. Bei einem so starken deutschen Einfluß darf man annehmen, daß es auf Seiten der Polen von jetzt ab hauptsächlich auf die deutschfreundlichen Kreise ankommen wird.

Vom jüdischen Standpunkt aus ist das Vorherrschen des deutschen Einflusses natürlich von höchster Wichtigkeit. Die maßgebenden deutschen Kreise haben im Laufe des Krieges verstehen gelernt, welche hohe Bedeutung den Juden im neuen Königreich beigemessen werden muß — besonders durch ihre Fähigkeit, die Gegensätze zwischen Deutschtum und Slawentum zu überbrücken. Was die Polen betrifft, so erhält durch das Zurücktreten der russophilen und stellenweise der österreichischen Polen — den Trägern des Antisemitismus — und den stärkeren Einfluß der deutschgesinnten Polen, dasjenige Polenelement den stärksten Einfluß, das sich bisher am wenigsten judenfeindlich erwiesen hat.

In der letzten Zeit ist in Deutschland das anfänglich so ungemein starke Interesse für die Gestaltung des Schicksals der polnischen Juden ein wenig abgeflaut. Die früher nach Grenzschutz schrieen, scheinen eingesehen zu haben, daß die Ostjuden-„Gefahr" für Deutschland keineswegs so groß ist, sobald die Juden Polens nicht hilflos den auf ihre Vernichtung hinzielenden antisemitischen Kreisen des Polentums ausgeliefert werden. Aber auch die deutsch-jüdischen Kreise, die sich bisher um die östliche Judenpolitik bemüht haben, verhalten sich offenbar abwartend. Ein Teil der zu leistenden Aufgabe: nämlich die Aufklärung der deutschen Regierung über Wesensart und nationale Ansprüche der Ostjuden, ist mit Hilfe deutsch-jüdischer Persönlichkeiten und Organisationen erfüllt worden. Zur Erfüllung weiterer Aufgaben, d. h. zu einem energischen Eintreten für die nationalen und kulturellen Rechte der Ostjuden war es möglicherweise noch zu früh. Vielleicht mußte man erst die Entwicklung der militärischen Lage abwarten; vielleicht war Zurückhaltung im Vorgehen gegen die Unterdrückungspolitik gewisser polnischer Kreise geboten, solange man nicht wußte, ob deutscher, österreichischer oder russophil-polnischer Einfluß im Lande ausschlaggebend werden würde.

Jetzt, nachdem durch die Vorgänge in Rumänien die militärische Lage im Osten sich eher gebessert als verschlechtert hat, nachdem das deutsche Element herrschend geworden sein dürfte, ist der Augenblick gekommen, da eine eigentliche polnische Judenpolitik einsetzen kann.

Die Ereignisse innerhalb der polnischen Judenheit während des Krieges, nicht zum wenigsten während der Wahlen für die Warschauer Stadtverordnung haben gezeigt, daß das polnische Judentum noch nicht stark und einheitlich genug ist, um ohne Hilfe von außen seine nationalen Forderungen aufzustellen und diese durchzusetzen. Gewisse polnisch-jüdische Kreise, die sich — teils aus Vorliebe für das Slawentum, teils aus Überschätzung der eigenen Kraft zu einem geschlossenen Vorgehen — früher gegen die deutsch-jüdische Mitarbeit sträubten, dürften einsehen gelernt haben, daß die Hilfe deutsch-jüdischer Kreise bei der Forderung nationaler jüdischer Rechte doch unentbehrlich ist, besonders

An unsere Leser!

Auch während des verflossenen Vierteljahres hat das „Jüdische Echo" sich bemüht, seine Leser **mit allen Fragen des jüdischen Lebens** bekannt zu machen. Es ist ihm gelungen, sich einen ständig wachsenden Einfluß und damit einen sich fortgesetzt **vergrößernden Leserkreis** zu schaffen. Trotz des immer reichhaltiger werdenden Inhalts unserer Zeitschrift und trotz der **erhöhten Arbeits- und Papierpreise** haben wir es unterlassen, gleich so vielen anderen Blättern, den Bezugspreis zu erhöhen. Wir bitten jedoch alle Leser, die unser Blatt erhielten, das „Jüdische Echo" auch **zu abonnieren.** Der geringe Preis von 1 Mark für das Vierteljahr erleichtert jedem die Bestellung.

wenn diese Kreise sich bei allen Entschließungen zuvor mit den polnischen Juden verständigen.

Natürlich kommen nur national-jüdisch gesinnte Kreise für diese Mitarbeit in Betracht, da ja unter allen deutschen Juden nur sie allein ein wirkliches Interesse an der Erringung jüdischer Volksrechte für die Juden in Polen haben, da nur sie allein der Wesensart der polnischen Juden genügend Würdigung und Achtung entgegenbringen um zu verstehen, daß man nicht über die Köpfe der polnischen Juden hinweg handeln darf, sondern Seite an Seite mit ihnen zu arbeiten hat.

Daß es seine Nachteile hat, wenn einzelne national gesinnte Juden, ohne Auftrag von irgendeiner völkischen Organisation, sich an das polnisch-jüdische Werk begeben, hat sich bereits herausgestellt. Wenn aber hinter den einzelnen Persönlichkeiten eine machtvolle Organisation steht, darf man sich von ihren Bemühungen um die schwere Aufgabe Erfolg versprechen.

Ostjüdische Kreise haben bisher vergeblich auf das Eingreifen der zionistischen Organisationsleitung gewartet. Die Leitung wird vermutlich ihre guten Gründe gehabt haben, von einer Mitarbeit in der Ostjuden-Politik abzusehen, solange die Lage im Osten sich noch nicht übersehen ließ, und solange man mit irgendeiner fundamentalen Änderung in der bisherigen Palästina-Politik rechnen konnte.

Nunmehr lassen sich die Dinge im Osten überschauen, und gewiß werden die bisher mit der Tatenlosigkeit der Zionisten Unzufriedenen sich davon überzeugen lassen, daß das Abwarten seine gewichtigen Gründe hatte. Noch immer erwarten die Massen im Osten, daß der Zionismus dort mitarbeitet, wo es sich um die nationale Befreiung der Juden handelt.

Nur muß natürlich der geeignete Zeitpunkt abgewartet werden.

Daß durch einen energischen Kampf für die nationalen Rechte der Juden in Polen der zionistischen Partei im Osten eine starke Anhängerschaft erwachsen muß, ist sicher. Und dieser Zuwachs an Anhängern und Macht wird sich wiederum sehr vorteilhaft bemerkbar machen, sobald die Lage in Palästina eine stärkere Aufnahme der dortigen Arbeit gestattet.

Die Judenfrage als wissenschaftliches und politisches Problem.*)

(Schluß.)

Wir haben in den letzten Nummern einen Überblick über den Inhalt der Feuchtwangerschen Schrift gegeben. Wir möchten heute einige Bemerkungen daran knüpfen.

Die Arbeit Feuchtwangers ist durchaus erfüllt von einem ernsten Bestreben nach wissenschaftlicher Erkenntnis, von dem Geist objektiver Forschertätigkeit. Das muß anerkannt werden, auch von dem, der die Ergebnisse der Feuchtwangerschen Deduktionen nicht billigt, und dem manche zugespitzte Formulierungen seiner Schlußfolgerungen und Thesen ungerecht und verletzend erscheinen. Das will der Verfasser — dem aufmerksamen Leser kann das nicht entgehen — nirgends sein, und die mehrfach geübte überscharfe Herausarbeitung von Erscheinungen des jüdischen Lebens zu Bildern, die der Wirklichkeit nicht mehr entsprechen, geschieht stets nur, um die Theorien des Verfassers in möglichst drastischer Weise an Hand der Praxis zu illustrieren. Gehässigkeit und hämische Freude an den Fehlern anderer, liegt dem Verfasser offensichtlich durchaus ferne; und die Kritik eines orthodoxen Blattes, die ihm derartiges jüngst vorwarf, tut ihm vollkommen unrecht.

Unser Eindruck ist vielmehr der, daß der Verfasser mit einer außergewöhnlichen Kühle die siedendheißen Dinge behandelt, die wir die „Judenfrage" nennen. Nur vereinzelt zeigt sich eine stärkere gefühlsmäßigere Teilnahme des Verfassers an dem Gegenstand. Im Allgemeinen behält er seinen „kühlen Kopf" gegenüber den „Romantikern" von rechts und links, und weist ihnen allen logisch scharf die Unzulänglichkeit ihrer „wissenschaftlichen Fundamentierung" nach. Allen, den Zionisten sowohl, wie den Orthodoxen und den Anhängern Hermann Cohens.

Darin liegt unseres Erachtens die Stärke, aber auch die Schwäche der Feuchtwangerschen Schrift.

Gewiß verdanken wir dieser Methode eine ganze Reihe von klugen und geistvollen Bemerkungen, eine Aufdeckung von Zusammenhängen und Parallelen, die manche Vorgänge im jüdischen Leben und manche Beziehungen von Juden und Nichtjuden in einem ganz neuen Licht erscheinen lassen. Der Verfasser vermehrt unser Wissen über die Judenfrage und weist mit Energie die Wege, auf denen die jüdische Wissenschaft in der Zukunft neue Erkenntnisse zutage wird fördern können. Das ist unbestreitbar ein Verdienst des Autors.

Aber ob wir auf dem vom Verfasser eingeschlagenen Weg wirklich zu einer gesunden jüdischen Politik kommen — und die muß doch einer „Lösung der politischen Judenfrage" vorausgehen — das scheint mir doch zweifelhaft.

Ich habe dieser Tage in einer angesehenen deutschen Zeitschrift in einer Betrachtung über die Politik der deutschen Reichsregierung folgende Sätze gelesen:

„Die Menge des Wissensstoffs ist für das Handeln nur dann von Vorteil, wenn die Instinktsicherheit entsprechend groß ist, so wie die Güte des Magens der Menge der Nahrung entsprechen muß, wenn diese verdaut werden soll. Bei geringer Fähigkeit zum Verarbeiten wirkt die Menge des Wissensstoffs verwirrend und schädigend, sodaß desto weniger Taten sich einstellen, jemehr Tatsachen bekannt sind."

Ich mußte beim Lesen dieser Sätze unwillkürlich an die Feuchtwangersche Schrift denken,

*) Vgl. die Nrn. 35, 36, 37. Die Schrift von Dr. Siegbert Feuchtwanger ist unter dem Titel „Die Judenfrage als wissenschaftliches und politisches Problem" im Verlage von Carl Heymann Berlin erschienen. (Preis 2 Mark.)

Diese scheint mir allzu sehr beherrscht von dem doch längst in seiner Halbwahrheit erkannten sokratischen Gedanken von der Allmacht der Vernunft: Wissen ist Tugend, und Erkenntnis führt notwendig zum rechten Handeln. So meint Feuchtwanger, daß die „Lösung der wissenschaftlichen Judenfrage" notwendig zur „Lösung der politischen Judenfrage" führen müsse. Und die z. T. vortrefflichen Gedanken, die er zu ersteren entwickelt, werden trotzdem niemanden über die magere, unbefriedigende Kost trösten, die er — nach einem Verzicht auf die praktische Lösung der Judenfrage im Allgemeinen — als Lösung der „individuellen Judenfrage" empfiehlt.

Auch wenn die „jüdische Wissenschaft" — so wie Feuchtwanger sie versteht — noch viel mehr an Tatsachen und Entwicklungsgesetzen aufgedeckt haben wird — eine Anweisung für jüdisches Handeln, für „jüdische Politik" werden wir aus ihr nicht empfangen.

Was Feuchtwanger unterstützt, ist der unabhängig von aller Erkenntnis und Logik und in seinem Grundwesen der wissenschaftlichen Erfassung vielleicht unzugängliche Willen der Juden zum Fortleben, zur nationalen Selbstbehauptung; das im Bereich des Instinks wurzelnde Gefühl vom eigenen Selbst und Wert; die Lebenskraft, die das Judentum noch heute durchflutet, allem Skeptizismus und aller Theorie zum Trotze. est.

Kriegsanleihezeichnungen bei der Post.

Vielen wird es am bequemsten erscheinen, die Zeichnung auf die Kriegsanleihe am Postschalter vorzunehmen. Aus diesem Grunde, dann aber auch weil es ja nicht an jedem Orte im Reich ein Bankgeschäft, eine Sparkasse, eine Lebensversicherungsgesellschaft oder eine Kreditgenossenschaft geben kann, ist der gesamte Verkehrsapparat der Post in den Dienst der fünften Kriegsanleihe gestellt worden.

Postanstalten und Postagenturen gibt es fast überall, in der Stadt und auf dem Lande, so daß es keine Mühe macht, sich einen Postzeichnungsschein zu besorgen, um durch Beteiligung an der Kriegsanleihe dem Vaterlande und sich selbst zu dienen. Zudem wird in den Landbestellbezirken und in Orten bis zu 20 000 Einwohnern allen Personen, die als Zeichner in Frage kommen, der Zeichnungsschein ins Haus gebracht.

Die Ausfertigung der Zeichnungsscheine ist so einfach, daß sie jedermann ohne weiteres fertigbringt. Man schreibt den Betrag der Kriegsanleihe auf, die man zeichnen will, fügt Name, Stand und Wohnung hinzu und gibt den so ausgefertigten Zeichnungsschein entweder am Schalter ab, oder steckt ihn (mit einem unfrankierten an die Post gerichteten Briefumschlag versehen) in den nächsten Briefkasten.

Zweierlei ist bei der Postzeichnung zu beachten:

1. Die Post nimmt nur Zeichnungen auf die fünfprozentige Reichsanleihe an (Stücke, sowohl als auch Schuldbucheintragungen), nicht aber auf die 4½-prozentigen Reichsschatzanweisungen.
2. Bei der Post muß der gezeichnete und zugeteilte Betrag der Kriegsanleihe spätestens am 18. Oktober bezahlt sein.

Zulässig ist es vom 30. September ab, die Zahlung zu leisten, und zwar werden allen denen, die an diesem Tage das Geld abliefern, 5% Stückzinsen auf ein halbes Jahr, also 2½%, vergütet, und dies aus dem Grunde, weil der Zinsenlauf der fünfprozentigen Reichsanleihe erst am 1. April 1917 beginnt. Wer nach dem 30. September bei der Post Zahlung leistet oder am letzten für die Postzeichnung vorgesehenen Zahlungstermin, also am 18. Oktober, erhält 162 Tage Zinsen = 2¼% vergütet. Hat jemand 100 Mk. Reichsanleihe gezeichnet und zugeteilt erhalten, so würde er mithin am 30. September 95.50 Mk. (den Zeichnungspreis von 98 Mk. gekürzt um 2.50 Mk.), am 18. Oktober 95.75 Mk. (den Zeichnungspreis gekürzt um 2.25 Mk.) einzuzahlen haben. Mit diesem Betrage hat der Postzeichner die Zahlkarte, die ihm durch die Post zugestellt wird, auszufüllen. Hat jemand 1000 Mk. gezeichnet, so müßte er 955 Mk. oder 957.50 Mk. bezahlen.

Der Zeichnungspreis von 98 Mk. ermäßigt sich bei Schuldbucheintragungen um 20 Pfennig für 100 Mk., so daß, wenn jemand 100 Mk. zur Eintragung in das Schuldbuch gezeichnet hat, von ihm am 30. September (98 Mk. — 0.20 Mk. — 2.50 Mk.) 95.30 Mk. oder am 18. Oktober 95.55 Mk. zu erlegen wären.

Die Zeichnung auf die Schuldbucheintragungen ist allen denen dringend zu empfehlen, die das Geld, das sie für die Kriegsanleihe aufgewendet haben, nicht so bald wieder für andere Zwecke brauchen, mit anderen Worten die Kriegsanleihe längere Zeit behalten wollen.

Wer Reichsanleihe ins Reichsschuldbuch eintragen läßt, ist der Mühe enthoben, seinen Anleihebesitz an einer sicheren Stelle unterzubringen; die Zinsen werden ihm durch die Verwaltung des Reichsschuldbuches fortlaufend kostenlos überwiesen, und sollte er das Geld, das er in der Kriegsanleihe angelegt hat, flüssig machen müssen, so braucht er nur bei dem Reichsschuldbuch den Antrag zu stellen, ihm die Kriegsanleihestücke auszufertigen. Diese kann er durch jede Bank oder jedes Bankgeschäft verkaufen lassen. Vor dem 1. Oktober 1917 würde allerdings eine Ausfertigung von Anleihestücken nicht erfolgen, weil die Vergünstigung von 20 Pfennig für 100 Mk. auf Schuldbucheintragungen unter der Voraussetzung gewährt wird, daß die Anleihe mindestens bis zum 15. Oktober 1917 im Reichsschuldbuch eingetragen bleibt.

Auf zur Zeichnung!

Selbstverwaltung der Städte im österreichischen Okkupations-Gebiet.

Das Preßbüro des Militär-General-Gouvernements Lublin teilt, wie aus Berlin gemeldet wird, mit, daß in dem am 23. August herausgegebenen Verordnungsblatt der k. und k. Militär-Verwaltung in Polen zwei Verordnungen des Armee-Ober-Kommandanten erschienen sind, die eine Städteordnung für Kielce, Lublin, Petrikau und Radom, sowie für 34 andere Orte festsetzt, die als Sitze von Kreis-Kommandanten besondere Voraussetzungen für ihre Entwicklung besitzen. Die neue Städteordnung hat im allgemeinen dieselbe Grundlage wie die Selbstverwaltung der Städte und Marktflecken in Galizien.

Jede dieser Städte bildet eine eigene Stadtgemeinde. Mitglieder einer Stadtgemeinde sind alle Personen, die die Staatsangehörigkeit im Königreich Polen besitzen und im Stadtgebiet ihren ordentlichen Wohnsitz haben. Die Vertretung der Stadtgemeinde obliegt dem Stadtrat. Der Stadtrat besteht in Städten mit höchstens 80 000 Einwohnern aus 50, in Städten mit mehr als 80 000 Einwohnern aus 60 Stadträten. Die Stadträte werden von den Gemeinde-Mitgliedern nach Maßgabe dieser Verordnung und der besonderen Wahlordnungen gewählt.

Die Verwaltung der Stadtgemeinde obliegt dem Magistrat. Der Magistrat besteht aus dem Stadt-Präsidenten und in Städten mit weniger als 80 000 Einwohnern aus 6, in Städten mit mehr als 80 000 Einwohnern aus 8 Ratsherren. Die Mitglieder des Magistrats werden vom Stadtrat gewählt. Die Wahl des Stadt-Präsidenten und des Vize-Präsidenten bedürfen der Bestätigung des Militär-General-Gouvernements.

Der Wirkungskreis des Stadtrats umfaßt die Wahrnehmung der wirtschaftlichen, hygienischen und kulturellen Interessen der Gemeinde.

Wählbar ist jeder Wahlberechtigte, der die polnische Sprache in Wort und Schrift beherrscht und das 30. Lebensjahr vollendet hat.

Zur Wahl des Stadtrats werden die Wahlberechtigten in je 5 Kurien eingeteilt, von denen jede 10 bezw. 12 Stadträte und ebensoviel Ersatzmänner wählt. Die Amtstätigkeit des Stadtrats und Magistrats dauert drei Jahre.

Die Amtssprache des Stadtrats, des Magistrats sowie aller ihrer Organe ist die polnische Sprache. Alle Stadtgemeinden müssen jedoch auch Eingaben und Zuschriften in deutscher Sprache unterschiedslos behandeln.

Wie verlautet, sollen die Kurien in folgender Weise eingeteilt werden: 1. Intelligenz-Kurie, 2. Handel und Gewerbe, 3. Hausbesitzer, 4. Wohnungssteuer-Zahlende, 5. Allgemeine Wählerkreise.

In den 34 kleineren Städten sollen die Wahlen in vier Kurien vor sich gehen. In den Städten mit einer Bevölkerung über 10 000 Seelen wählt man 32, in Städten unter 10 000 Einwohnern 24 Ratsmänner. Die offizielle Sprache ist auch hier die polnische, und das Recht des Deutschen wird wie in den vier großen Gouvernementsstädten gewahrt. Außerdem bekommen die Stadträte im Chelmer, Tomaschower und Chrubeschower Kreis das Recht, Gesuche in ukrainischer Sprache einzureichen.

Welt-Echo

Synagogen und Burgfriede. Die „Deutsche Tageszeitung" hält es für notwendig, die Tatsache, daß die jüdische Bevölkerung der Stadt Berlin in den letzten Jahren bestrebt ist, sich eine mit der ständig wachsenden Einwohnerzahl im Einklang stehende Zahl von Tempeln zu errichten, mit folgendem Kommentar zu versehen:

„Am Sonntag, 17. d. Mts., wird am Kotbuser Ufer 48-50 eine neue große, von der Berliner jüdischen Gemeinde errichtete Synagoge eingeweiht werden. Die letzte große Synagoge ist kurz vor dem Kriege in der Levetzowstraße eröffnet worden, nachdem im Jahre vorher der Prachtbau der Synagoge in der Fasanenstraße in Charlottenburg fertig geworden war. Aber damit ist die Zeit der großen Synagogenbauten noch nicht abgeschlossen; vielmehr sind in Wilmersdorf die Arbeiten für einen weiteren Synagogenbau in der Prinzregentenstraße im Gange. Diese Schnelligkeit und Fülle der Bauten stellt die Tätigkeit der evangelischen Kirche im Bau von Gotteshäusern glattweg in den Schatten. Noch nie hat eine Religionsgemeinschaft in Berlin in so kurzer Zeit, auf die Zahl ihrer Mitglieder gerechnet, so viel neue, so prächtige und teure Gotteshäuser errichtet, wie in den letzten Jahren die Berliner jüdische Gemeinde. Weder die evangelische, noch die katholische Kirche kann sich rühmen, für wenig mehr als 7000 Seelen ein Gotteshaus zu besitzen; denn die jüdische Gemeinde in Berlin hat nur wenig über 140 000 Seelen. Wollte man nach dem Verhältnis, wie demnächst die jüdische Bevölkerung mit Synagogen versorgt sein wird, beispielsweise die evangelische Bevölkerung mit Kirchen versehen, so müßte deren jetzige Zahl sofort um ein vielfaches vermehrt werden. Jetzt aber steht die evangelische Kirche in Berlin in diesem Punkte meilenweit hinter der jüdischen Gemeinde zurück. Diese außergewöhnlich starke Rückständigkeit dürfte auch in nächster Zeit kaum auch nur um ein ganz geringes auszugleichen sein; denn auch in den geldlichen Verhältnissen besteht zwischen der Berliner Stadtsynode (dem Berliner evangelisch-kirchlichen Verbande) und der jüdischen Gemeinde ein klaffender Unterschied. Während durch den Krieg die kirchliche Steuerkraft der evangelischen Kirchensteuerzahler stark beeinträchtigt worden ist, hat die Geldkraft der Mitglieder der jüdischen Gemeinde zweifellos eine erhebliche Steigerung erfahren. Während die jüdische Gemeinde zur Errichtung von Synagogen Millionen in den letzten Jahren aufwenden konnte, hat die Berliner Stadtsynode nur ganze 10 000 Mark als Teilzahlung für einen anzusammelnden Baugeldfonds

Schafft das Gold zur Reichsbank!
Vermeidet die Zahlungen mit Bargeld!

Jeder Deutsche, der zur Verringerung des Bargeldumlaufs beiträgt, stärkt die wirtschaftliche Kraft des Vaterlandes.

Mancher Deutsche glaubt seiner vaterländischen Pflicht völlig genügt zu haben, wenn er, statt wie früher Goldmünzen, jetzt Banknoten in der Geldbörse mit sich führt oder daheim in der Schublade verwahrt hält. Das ist aber ein Irrtum. Die Reichsbank ist nämlich gesetzlich verpflichtet, für je Dreihundert Mark an Banknoten, die sich im Verkehr befinden, mindestens Hundert Mark in Gold in ihren Kassen als Deckung bereitzuhalten. Es kommt aufs gleiche hinaus, ob hundert Mark Goldmünzen oder dreihundert Mark Papiergeld zur Reichsbank gebracht werden. Darum heißt es an jeden patriotischen Deutschen die Mahnung richten:

Schränkt den Bargeldverkehr ein!
Veredelt die Zahlungssitten!

Jeder, der noch kein Bankkonto hat, sollte sich sofort ein solches einrichten, auf das er alles, nicht zum Lebensunterhalt unbedingt nötige Bargeld sowie seine sämtlichen laufenden Einnahmen einzahlt.

Die Errichtung eines Kontos bei einer Bank ist kostenfrei und der Kontoinhaber erhält sein jeweiliges Guthaben von der Bank verzinst.

Das bisher übliche Verfahren, Schulden mit Barzahlung oder Postanweisung zu begleichen, darf nicht das herrschende bleiben. Richtig sind folgende Verfahren:

Erstens, — und das ist die edelste Zahlungssitte —

Überweisung von Bank zu Bank.

Wie spielt sich diese ab?

Der Kontoinhaber beauftragt seine Bank, der Firma oder Privatperson, der er etwas schuldet, den schuldigen Betrag auf deren Bankkonto zu überweisen. Natürlich muß er seiner Bank den Namen der Bank angeben, bei welcher der Zahlungsinhaber sein Konto unterhält. Jede größere Firma muß daher heutzutage auf dem Kopf ihres Briefbogens vermerken, bei welcher Bank sie ihr Konto führt. Außerdem gibt eine Anfrage am Fernsprecher, bisweilen auch das Adreßbuch (z. B. in Berlin und Hamburg) hierüber Aufschluß.

Weiß man nur, daß der Zahlungsempfänger ein Bankkonto hat, kann aber nicht feststellen, bei welcher Bank er es unterhält, so macht man zur Begleichung seiner Schuld von dem Scheckbuch Gebrauch.

Zweitens

Der Scheck mit dem Vermerk „Nur zur Verrechnung".

Mit dem Vermerk „Nur zur Verrechnung" kommt zum Ausdruck, daß der Zahlungsempfänger keine Einlösungen des Schecks in bar, sondern nur die Gutschrift auf seinem Konto verlangen kann. Bei Verrechnungsschecks ist auch die Gefahr beseitigt, daß ein Unbefugter den Scheck einlösen kann, der Scheck kann daher in gewöhnlichem Brief, ohne „Einschreiben", versandt werden, da keine Barzahlung seitens der bezogenen Bank erfolgen darf. Nach den neuen Steuergesetzen fällt der bisher auf dem Scheck lastende Scheckstempel von 10 Pfg. vom 1. Oktober d. J. an fort.

Drittens

Der sogenannte Barscheck, d. h. der Scheck ohne den Vermerk „Nur zur Verrechnung".

Er kommt dann zur Anwendung, wenn der Zahlungsempfänger kein Bankkonto besitzt und daher bare Auszahlung verlangen muß. Er wird in dem Maße aus dem Verkehr verschwinden, als wir uns dem ersehnten Ziel nähern, daß jedermann in Deutschland, der Zahlungen zu leisten und zu empfangen hat, ein Konto bei dem Postscheckamt, bei einer Bank oder einer sonstigen Kreditanstalt besitzt.

Darum die ernste Mahnung in ernster Zeit:

Schaffe jeder sein Gold zur Reichsbank!

Mache jeder von der bankmäßigen Verrechnung Gebrauch!

Sorge jeder in seinem Bekannten- und Freundeskreis für Verbreitung des bargeldlosen Verkehrs!

Jeder Pfennig, der bargeldlos verrechnet wird, ist eine Waffe gegen den wirtschaftlichen Vernichtungskrieg unserer Feinde!

für die Ölberggemeinde in diesem Jahre bewilligen können."

Die ebenso unpassende wie irreführende Behauptung von der durch den Krieg gesteigerten Geldkraft der jüdischen Gemeinde, die doch wirklich mit dem Bau von Gotteshäusern sehr wenig zu tun hat, scheint dem Zensor entgangen zu sein. Oder ist der Burgfriede vorüber?

Ein Reichsverband der Kultusgemeinden in Österreich. Die „Jüdische Rundschau" schreibt: Seit Jahrzehnten haben sich die Juden in Österreich bemüht, die Regierung zu veranlassen, eine gesetzliche Vertretung des ganzen jüdischen Volkes in diesem Staate, durch eine Organisation der einzelnen Kultusgemeinden zu konstituieren. Eine demokratische Wahl zu diesem Repräsentationskörper fordernd, haben die Zionisten diesen Bestrebungen ihre wärmste Beteiligung gewidmet und wurden als Vorkämpfer dieses Gedankens von der Orthodoxie und den galizischen Assimilanten aufs schärfste bekämpft. Jetzt schreitet die Regierung zur Verwirklichung dieses Vorschlages. Nach einem Entwurfe, der seitens der Regierung den Kultusgemeinden zur Äußerung zugeschickt wurde, sollen sich acht Landesverbände, davon zwei in Galizien mit dem Sitze in Lemberg und Krakau, organisieren und sich zu einem Reichsverbande mit dem Sitze in Wien zusammenschließen. Als Vollzugsorgan ist ein Oberrat vorgeschlagen worden. Diesem Reichsverbande werden nicht nur religiöse Sorgen, wie Ausbildung von Rabbinern, Gründung von Pensionsanstalten für Kultusgemeindebeamten und Religionslehrer obliegen, es wird ihm auch das Recht zur Abstellung anderer Mängel eingeräumt, insbesondere das Recht eines rationellen Zusammenschlusses bezw. einer gesetzlichen Zusammenlegung von kleinen jüdischen Gemeinden, welche ihren Pflichten nicht nachkommen können. Zu seiner Betätigung wird auch die Befugnis gehören, „Anträge an die Staatsverwaltung in Angelegenheiten, welche die öffentliche Rechtsstellung der jüdischen Glaubensgenossen im Staate betreffen, zu stellen, einschließlich des Rechtes der Beschwerdeführung in Fällen der Verletzung dieser Rechtsstellung".

Die derzeitige Lage der Juden in Österreich und insbesondere der in Galizien und in der Bukowina erfordert eine autoritative Repräsentanz unseres Volkes in diesem Staate und wir hoffen, daß diesem Vorschlage der Regierung die größte Aufmerksamkeit der Juden zugewendet sein wird.

Kulturarbeit im Osten. In Warschau tagte 12.—15. September eine zionistische Konferenz von 150 Abgeordneten verschiedener polnischer Städte. Aus den dort verlesenen Berichten geht hervor, daß die zionistische Bewegung in Polen im letzten Jahr bedeutende Fortschritte gemacht hat. —

Auf der Jubiläumsfeier des National-Jugend-Vereins „Hathechijah" in Lodz, an der u. a. Abgeordnete verschiedener zionistischer Vereine teilnahmen, wurden verschiedene Reden in hebräischer Sprache gehalten und ein ins Hebräische übersetztes Drama von Scholem Aleichem aufgeführt. Der Hauptzweck des Vereins, an dem bereits 700 Personen teilnehmen und der Abteilungen in anderen Städten gegründet hat, ist die Verbreitung der Kenntnis der hebräischen Sprache und die Popularisierung der alten und neuen hebräischen Literatur. Außerdem hat der Verein eine hebräische Bühne errichtet, auf der u. a. die Werke „Joseph", „Achaschwerosch", „Moses", und „Karmel" in hebräischer Sprache mit Erfolg aufgeführt wurden. —

Anläßlich des 25jährigen Jubiläums der musikalischen und künstlerischen Tätigkeit des bekannten jüdischen Komponisten M. Bensmann wurde in Lodz eine Feierlichkeit veranstaltet und die von ihm komponierte Oper „Die Juden" im Lodzer Stadttheater vorgeführt. —

Der jüdische Schul- und Volksbildungsverein in Lodz hat die erste jüdische Volksschule mit jüdischer Unterrichtssprache eröffnet. —

Neue Judenverfolgungen in Rußland. Der „Rjetsch" zufolge beginnen von neuem in Moskau und Petersburg von seiten der Polizei die Treibjagden, die sogenannten „Oblawy", auf die Juden und die Liberalen. In Moskau wurden nicht weniger als hundert Mitglieder der liberalen Großeinkaufsgesellschaft verhaftet, angeblich wegen Spekulation. Viele Dokumente der Gesellschaft sind beschlagnahmt worden, gleichwohl fand man nichts Belastendes.

Die russischen Juden in England. Nach einer Drahtmeldung aus London sollen im Laufe dieser Woche die Vertreter der russischen jüdischen Vereine in London sich versammeln und sich über die einzunehmende Haltung gegenüber dem Plan der britischen Regierung, sie an Rußland auszuliefern, schlüssig werden. Unterdes geht die Rede von einem Vergleich, wonach die russischen Juden nur in England verwandt werden dürften, womit jedoch viele maßgebenden Persönlichkeiten sich nicht einverstanden erklären. Dem Abgesandten des Jüdischen Hilfsausschusses aus Amerika, Dr. Magnes, der über diese Angelegenheit unterhandeln wollte, wurde der Zutritt ins Land untersagt.

Verschickung der Flüchtlinge in Dünaburg. Auf Veranlassung der Kriegsbehörde wurden am 25. Juli die jüdischen Flüchtlinge, die in Dünaburg gelandet waren, angewiesen, die Stadt binnen zehn Tagen zu verlassen. Am 30. Juli gingen vierzig Waggons mit jüdischen Flüchtlingen von Dünaburg nach Richtung Rybinsk-Twer ab.

Die Zensur in Frankreich. Die französische Zensurbehörde hat, der Londoner Zeitung „Zeit" zufolge, der „Liga für jüdische Emanzipation" die Veröffentlichung von russischen Dumareden, aus denen die judenfeindliche Haltung der russischen Regierung hervorgeht, verboten. Ohne den Protest des Redakteurs der „Humanité" sowie der „Liga für Menschenrechte" wäre der Liga ihre Propaganda wahrscheinlich überhaupt verboten worden.

Protestversammlung in Kopenhagen. Am 3. September berichteten in einer großen öffentlichen Volksversammlung in Kopenhagen drei russische Redner in russischer, polnischer und jüdischer Sprache über die furchtbaren Verfolgun-

gen in Rußland, über die Pogrome und über die zwangsweise Rekrutierung der jüdischen Einwanderer in England. Einstimmig wurde eine Protestresolution gegen die Unterdrückung der Juden angenommen.

Ein Bataillon kanadischer Juden. Das „Jewish Chronicle" erwähnt die Absicht, ein Bataillon lediglich aus kanadischen Juden zu bilden, wozu bereits einige Offiziere angewiesen sind.

Ein Oberrabbiner für die orthodoxen Gemeinden in Amerika. Am 9. und 10. Juli fand in Far Rockaway (N. Y.) die vierte Jahresversammlung der Vereinigten Synagogen in Amerika statt, auf der 50 Gemeinden vertreten waren. Bei dieser Gelegenheit wurde der Antrag gestellt, ein Oberrabbinat für Amerika zu schaffen. Dieser Antrag wurde von Dr. Adler folgendermaßen begründet:

„Der Mangel einer obersten autoritativen Behörde in diesem Lande und die vollkommene Unabhängigkeit jeder Gemeinde, Schule und Gesellschaft hat zu Verhältnissen geführt, die eine ernste Würdigung erfordern. Nicht einmal in einer festgefügten Gemeinde kann man solche Zustände dulden; in unserer, die sich in vierzig Jahren um das Zehnfache vergrößert hat, ist diese Anarchie zehn Mal so gefährlich. Die Zeit für die Einsetzung einer rabbinischen Autorität in den Vereinigten Staaten scheint reif zu sein. Dieselbe soll sich durchaus auf die jüdische Tradition stützen und den in der Union vereinigten Gemeinden das Gesetz auslegen. Die Übertretung der Gesetze entspringt häufig nur daraus, daß es keine Autorität gibt, die sie maßgebend auszulegen versteht."

Im übrigen nahm die Versammlung den Beschluß an, alle Schwierigkeiten auszugleichen, die bisher der Teilnahme der Synagogen-Vereinigung am amerikanisch-jüdischen Kongreß im Wege standen.

Literarisches Echo

Die Juden im Zartum Polen. Ein geschichtlicher Überblick von Dr. Jos. Meisl. A. Marcus und E. Webers Verlag (Dr. Albert Ahn). Bonn 1916.

Dieser kurze geschichtliche Überblick über die politische, kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung der Juden in Polen hat guten orientierenden Wert für alle, welche ohne genauere Kenntnis der einschlägigen Materie einigen Einblick in die Geschichte der Juden in Polen gewinnen wollen. Solche gibt es heute unter den Juden Deutschlands gewiß viele, zumal ihnen ihre Namensbrüder in Polen, mit denen bisher der Interessenzusamenhang nur ein loser war, durch die Ereignisse näher gerückt sind als je zuvor. Auf den 78 Seiten dieses kleinen Schriftchens ist mit einfachen und tatsächlichen Darlegungen (Tatsächlichkeit ist die heute doppelt wohltuende Wesensart des Verfassers dieser Schrift) auseinandergesetzt, daß die Juden im Zartum Polen seit je eine in der Struktur dieses Landes deutlich sich abhebende Individualität bilden. Innerhalb des gesamten östlichen Judentums sind sie keine so starke Eigenart wie die lithauischen Juden, von der Umgebung aber hebt sich ihre Volksnuance kräftig ab. Daß diese Gruppe von etwa zwei Millionen Juden nicht der Assimilation an das Polentum unterliegen kann, wie es die Polen so gern möchten, ist zweifellos. Daß sie im Judentum einen achtbaren Wert bilden, beweist jede Seite ihrer Geschichte. Aus ihrer Mitte erstanden die Ideen des Chassidismus (die übrigens vom Verfasser dieser Schrift etwas zu kurz abgehandelt werden); in ihnen war lange Zeit hindurch das soziale Bewußtsein aktiviert hervorgegangen aus der allgemein jüdischen Eigenart und fortgebildet selbst unter den widrigsten Verhältnissen, mit schweren Opfern (Selbstverwaltung). Hineingerissen in die zerrütteten und verrotteten Zustände der Polenschaft konnten naturgemäß die Juden ihre Daseinsgrundlagen nicht behaupten. Daß sie diese wieder erhalten, ist entschieden notwendig und von Wert — auch für das Polenland. Wessen sich allerdings die Juden von den Polen zu versehen haben, das lehrt deutlich ihre Geschichte. In dieser Schrift wird das mit scharfem geschichtlichen Blick dargelegt. So ist sie denn auch ein recht guter Führer für das Verständnis des Verhältnisses zwischen Polen und Juden. Hoffentlich findet sie viele verständnisvolle Leser.

Wien. Siegfried Schmitz.

Glückwunsch-Ablösung Rosch-Haschono 5677.

München.

Dr. Haarburger 5.—, Mahler 1.—, Dr. Koschland 3.—, Frau Henriette Heilbronner 5.—, Lewite 10.—, Henny Reich, geb. Feuchtwanger 5.—, Frau Wetzlar 3.—, Frau Goldberg 2.—, Saposchnik 1.—, Dr. Elias Strauß 10.—, Dr. Raphael Strauß 10.—, Regine Kaufmann 5.—, Frau Karoline Blumenfeld 3.—, Jakob Postowsky 3.—, Dr. Peissakowitsch 3.—, Fritz Feuchtwanger 5.—, Frieda u. Rosa Scheer 1.50, David Mysliborsky 1.—, Arnold Marlé 3.—, Rosel Feuchtwanger 1.—, Jakob Fränkel 4.—, Dr. E. Fränkel 2.—, cand. med. H. Gottlieb 1.—, Lina Pilpel 1.—, D. Weinberger 1.—, Helfgott —.60, Dr. L. Ambrunn 1.—, Dr. Schönemann 2.—, Aram 1.—, Simon Scherz 1.—, Julius Eisen 2.—, Dr. Goldscheider 2.—, M. u. H. Schwarz 1.—, Josef Epstein 1.—, Frau Wanschel —.55, M. Fleischer 1.—, W. Kassriels —.50, Frau Hohenberger 2.—, M. Schindel —.50, M. Altner 2.—, Stiel —.50, Jam —.50, L. Fram 1.—, J. Schachno 2.—, Ropper 1.—, Dora Johrer 1.—, Jakob Mysliborsky 2.—, Max Bogopolsky 1.—, Pfefferblüth 1.—, Helene Hanna Cohn 1.—, Unbek. Daten 6.—, in Summa 125.10 Mk.

Weitere Ablösungen können bei Herrn A. Marlé, Finkenstraße 2, abgegeben werden.

Gemeinden- u. Vereins-Echo

Personalien.

Der Funker Justin Zenner, bayr. Artillerie-Flieger-Abteilung Nr. 101, ist mit dem Eisernen Kreuze II. Klasse ausgezeichnet worden.

Jüdischer Turn- und Sport-Verein München. Sonntag, den 24. September, Turnfahrt. Treffpunkt 1 Uhr 30 Min. Hauptbahnhof. Fahrt nach Obermenzing. Wanderung über Lochhausen — Pasing. Fahrtkosten 40 Pfennig. Proviant mitzunehmen. Rückkunft gegen 8 Uhr.

Jüdischer Turn- und Sport-Verein München. Das Turnen findet jeden Montag abends 8 Uhr 30 Minuten in der Klenzeschule statt.

Jüdischer Wanderbund „Blau-Weiß" München. Buben. 24. September. 1. und 2. Zug: Nachtwanderung ins Heim. Treffp. Samstag abends 10.30 Starnberger Bahnhof. Nachzügler fahren Sonntag 10.35 nach Argelsried. Kosten 95 Pfg. 3. Zug: Hauptbahnhof 7.50. Ins Isartal. Kosten 50 Pfg. 4. Zug. Ostbahnhof 1.50. Haar—Putzbrunn. Kosten 30 Pfg. — Mädchen. 1. Zug: Ostbahnhof 7.30. Kunstgeschichtliche Wanderung: Ramersdorf—Siegertsbrunn—Möschendorf. Kost. 35 Pfg. 2. Zug: Hauptbahnhof 7.45. Großhesselole—Wolfratshausen. Kosten M. 1.40. 3. Zug: Volksgarten (Endhaltestelle) 2.15. Durch den Park ins Blaue. Kosten 30 bezw 20 Pfg. Heimabende: Buben. 1. und 2. Zug: 25. September 7.15. 3. Zug: 26. September Liederabend 7.30. Mädchen. 1. Zug. 26. September 8 Uhr.

Verein Bne-Jehuda München. Am Samstag, den 23. ds. Mts., 9.15 Uhr abend wird Herr Josef Löwy über den jüdischen Arbeitsdichter David Eblstadt, über sein Schaffen und Wirken sprechen. Der Vortrag ist wegen Unpäßlichkeit des Referenten auf diesen Tag angesetzt worden. Gäste willkommen.





Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, München, Herzog Maxstr. 4.
Verantwortlich für die Redaktion: Helene Hanna Cohn, München, Von der Tannstr. 4/II; für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München